

Und sie bewegt sich doch : Chronologie der Ereignisse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): - **(1988)**

Heft 4: **Neue Armut : neue Sozialpolitik**

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Oktober 1987:

Vereinbarung bei Givaudan Genf. Im Januar 1987 hatte sich die Belegschaft der Givaudan in Genf mit Mobilisierungen gegen die Einführung der Durchlauf-

UND

fahrungs-Austausch zu ermöglichen, wurde innerhalb der GTCP eine Kommission für Gesundheit und Umwelt geschaffen.

lung anstreben, sondern reelle Bedingungen für eine Gleichberechtigung bringen sollen; u.a. wurde über die Frage von Quoten zugunsten der Frauen diskutiert. Forderungen wurden auch an die Gewerkschaft selbst gestellt: Das Motto der Konferenz lautete: «Machen wir aus dem VPOD eine Gewerkschaft der Frauen». Konkret wurde eine Verstärkung der Frauen in Kampagnen, in der Presse und auch im Apparat des VPOD gefordert.

Provoziert durch die Forderungen gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz fühlte sich u.a. der «Blick», der sich hämisch über die VPOD-Frauen ausliess, worauf dann einige Journalistinnen über die widerlichen Belästigungen von Frauen in der «Blick»-Redaktion selbst auspackten.

November 1987:

4000 Basler «Öffentliche» auf der Strasse. 4000 öffentliche Angestellte nahmen in Basel an einer Kundgebung für mehr Lohn teil. Anlass dazu war ein Referendum der bürgerlichen Rechten gegen eine Reallohnvorlage; diese sah eine Lohnerhöhung um einheitlich 2500 Franken pro Jahr vor. Im Abstimmungskampf begnügte sich der VPOD nicht mit einer publizitären Kampagne, sondern mobilisierte mit Erfolg zur Grosskundgebung und zu Standaktionen auf den Plätzen Basels.

In der Volksabstimmung anfangs Dezember kam die Lohnerhöhung dann klar durch.

Dezember 1987:

Die Bauarbeiter haben einen Vertrag. Am 19. Dezember 1987 stimmten die Bauarbeiter der GBH an ihrer Berufskonferenz einem neuen Landesmantelvertrag zu. Damit sind ca. 200 000 Beschäftigte für die kommenden 3 Jahre weiterhin einem Vertrag unterstellt, bei dem die absolute Friedenspflicht zwingend gilt.

Die am GBH-Kongress angestellten Überlegungen waren rasch beiseite gelegt, als die Berufskonferenz zwischen materiellen Verbesserungen oder relativer Freiheit zu entscheiden hatte. Lohnaufbesserungen von generell 4% sowie 1% individuell, Aufbesserung bei den Schichtzulagen, sowie per 1989 eine halbstündige Arbeitszeit-

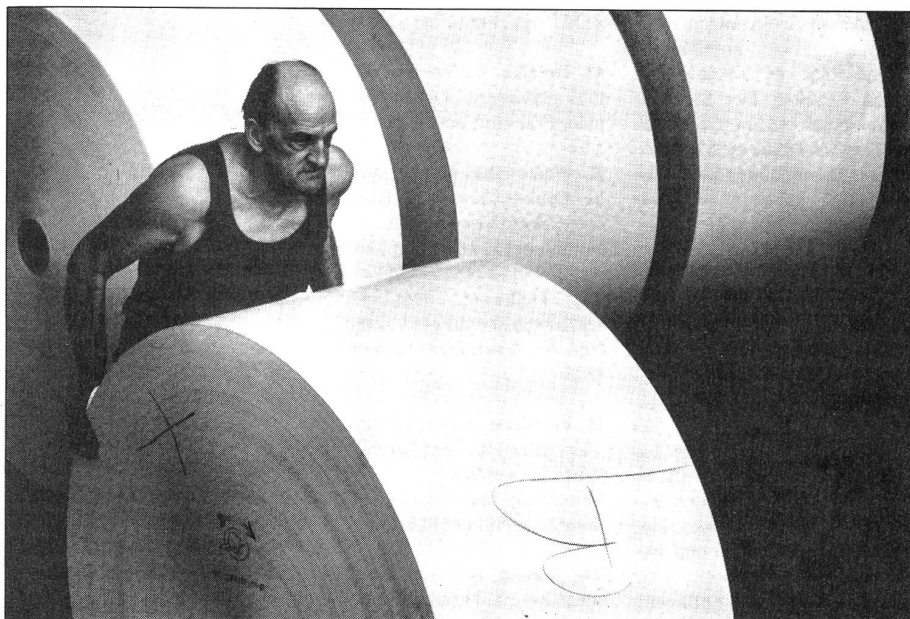


FOTO: URI URECH

schicht gewehrt. Selbst das Angebot, den Durchlaufbetrieb mit einer 34 Stunden-Woche und einer Schichtzulage von 25% zu entschädigen, wurde von den ArbeiterInnen abgelehnt (vgl. DISKUSSION No 1).

Massivster Druck der Firma führte nun im Herbst dazu, dass eine Mehrheit der Belegschaft dem Durchlaufbetrieb zustimmte, nachdem die Firma noch weitere Zugeständnisse gemacht hatte (Kontrollmöglichkeiten für Arbeiterkommission und Gewerkschaft).

Der Kampf der Givaudan-Belegschaft hat sich aber doch gelohnt indem die durchgehende Schichtarbeit mit einer massiven Arbeitszeitreduktion abgegolten wird, ohne Lohneinbusse. Wichtig ist auch die Bestimmung, dass über 50jährige Personen nicht zur Schicht verpflichtet werden können.

Herbst 1987:

Mitbestimmung im betrieblichen Umweltschutz. Nach der Brandkatastrophe vom 1. November 1986 in Schweizerhalle gelang es der GTCP zusammen mit dem SMUV im Gesamtarbeitsvertrag mit der Basler-Chemie die Mitbestimmung im Umweltschutz zu verankern. Eine solche war

SIE

bewegt sich doch

CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE

schon nach der Katastrophe von Seveso gefordert worden – die Chemischen waren aber damals erst zur Mitbestimmung in Fragen der Betriebssicherheit und des Gesundheitsschutzes bereit. Es brauchte eine zweite Katastrophe um nun die bisherige Mitbestimmung auf die Belange des Umweltschutzes auszuweiten. Die Vertretung der Arbeiterkommissionen in den Sicherheitskommissionen wird nun personell verstärkt und ebenso werden mehr Freistellungs- und Schulungsmöglichkeiten geschaffen.

Erneut abgelehnt wurde vom Verband der Basler-Chemie-Industrieller die Mitsprache bei der Planung und Einrichtung.

Um den Gewerkschaftsvertretern in den Sicherheitskommissionen einen regelmässigen Er-

18. November 1987:

Demo von Spitalangestellten in Lausanne. Mit einer Protestversammlung und einer 150köpfigen Demonstration reagierte das vom Kanton Waadt angestellte Spitalpersonal auf ein Spaltungsmanöver der Regierung: Auf die alte Forderung nach mehr Lohn antwortete die Regierung mit einer Realloohnerhöhung von Fr. 300.–, aber nur für das ausgebildete Pflegepersonal. Dieses Manöver führte zu einer Solidarisierung im Spital und zur Mobilisierung unter dem Slogan: «300 Franken für Alle!». Das Kantonsparlament bestätigte dennoch den Regierungsvorschlag und vertröstete den leer ausgehenden Teil des Spitalpersonals auf später.

19./20. November 1987:

VPOD-Frauenkonferenz sammelt 250 Delegierte. 250 delegierte Frauen versammelten sich in Genf zur 3jährlich stattfindenden Frauenkonferenz des VPOD. Die Diskussionen drehten sich um verschiedene Bereiche der Diskriminierung: Ausbildung, Anstellung, Lohn, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Altersrenten, u.a.. Es wurden Forderungen diskutiert, die nicht bloss eine formelle Gleichstel-

verkürzung bei vollen Lohnausgleich und weitere minime Verbesserungen, vermochten die Mehrheit davon zu überzeugen, dass die Frage der absoluten Friedenspflicht hintanzustellen sei.

Pikant bei der ganzen Angelegenheit ist nur, dass die GBH kurz danach vom Schiedsgericht zur Zahlung einer Busse von Fr. 20 000.– an den Baumeisterverband verknurrt wurde, dies wegen die Friedenspflicht störenden Aktionen im März 1987 in der Westschweiz.

Immerhin, so die einhellige Meinung, hat sich der letztjährige Kampf gelohnt, denn, lange ist's her, seit die Bauarbeiter die letzte Realloohnerhöhung bekommen haben.

8. Dezember 1987:

Demonstration der Zürcher Spitalbewegung. Die Spitalbewegungen setzen sich fort: 150 vorwiegend junge Spitalangestellte zogen mit einem Demonstrationzug vor Zürichs Regierungs-Gebäude. Sie deponierten eine Petition, die in kurzer Zeit über 5000 Unterschriften aus dem Spitalpersonal des ganzen Kantons hinter sich bringen konnte. Hauptforderungen: Personal-Aufstockungen; Zeitgutschrift für Schichtarbeit; Vorbereitung der 40-Stunden-Woche; 5. Ferienwoche für SpitalschülerInnen; Lohnerhöhungen zur Garantierung von «Gleichem Lohn für gleiche Arbeit».

Initiantin der Petition war die «Aktion für eine gesunde Gesundheitspolitik», welche die Forderungen gemeinsam mit dem VPOD lancierte. (Der Krankenschwestern-Verband SBK sowie der Christliche VChP lehnten eine Unterstützung der Petition ab.)

Unterdessen hat die Regierung mit der Schaffung einer Arbeitsgruppe reagiert, in welcher sowohl die Verbände wie auch die «wilde» Aktion vertreten ist. Die Gruppe soll konkrete Lösungen ausarbeiten.

2. bis 25. Februar 1988:

Streik bei der Jawatex in Novazzano. Vom 2.–25. Februar streikten die 8 Arbeiter der Firma Jawatex in Novazzano. Diese Firma ist eine Tochtergesellschaft einer Rorschacher Textilmaschinen-Fabrik.

Die Arbeiter, unterstützt von der Christlichen Gewerkschaft,

hatten seit längerem für einen GAV gekämpft, der über das Obligationenrecht hinausgehende Arbeitsbedingungen garantiert.

Obwohl der Streik ein grosses Echo hatte und auf die schlechten Arbeitsbedingungen der «Grenzgänger» aufmerksam machte, führte er zu keinem positiven Resultat. Der St.Galler Patron beschloss im Gegenteil, die Tessiner Filiale zu schliessen und die Beschäftigten zu entlassen. (Diese haben in der Zwischenzeit allerdings bereits wieder Arbeitsplätze gefunden.)

Freitag, 26. Februar 1988:

3000 demonstrieren in St.Imier gegen Entlassungen. 3000 Personen demonstrierten am 26. Februar in St.Imier gegen die angekündigten Entlassungen bei Longines. Aufgerufen zum Fakelzug, während dem die öffentlichen Lichter ausgeschaltet waren, hatte ein Einheitskomitee verschiedener Parteien und Gewerkschaften.

Die angekündigten Entlassungen betreffen 160 Beschäftigte, aber bereits kündigt der SMH-Hayek, der Boss des SMH-Kongresses (dem Longines angehört) weitere Restrukturierungen an.

Unter den ArbeiterInnen und der Bevölkerung herrscht eine riesige Empörung, droht doch in der Region eine eigentliche Entvölkerung in der Folge der wiederholten Entlassungen.

Diese Empörung zeigte sich auch an der SMUV-Versammlung vom 2.3.88, wo auch die Unfähigkeit des SMUV hart angegriffen wurde.

LITERATUR

«NEUE ARMUT, NEUE SOZIALPOLITIK»

M. Opielka (Hrg.), Die ökosoziale Frage. Frankfurt a.M. 1985.

M. Opielka, G. Voruba (Hrg.), Das garantierte Grundeinkommen. Frankfurt a.M. 1986.

R. Welz Müller, Bedarfsbezogene Grundsicherung – Element einer Anti-Krisenpolitik. WSI-Mitteilungen, 7/1985, S. 413ff.

Th. Heilmann, Das Huhn schlachten, das die goldenen Eier legt. In: Positionen, September 1985.

H. Baumann, Vollbeschäftigung – ein alter Hut? In: Alternative Wirtschaftspolitik zwischen Ökonomie und Ökologie, Widerspruch Nr. 11/1986.

Th. Schmid, Befreiung von falscher Arbeit. Thesen zum garantierten Mindesteinkommen, Berlin 1986.

H.-J. Mosimann, Tausend Franken für alle. In: integro Nr. 3/1987.

M. Schmidt, Sozialpolitik in der Krise. Frankfurt a.M. 1987.

R. Rechsteiner, Das 200-Milliarden-Geschäft, Pensionskassen in der Schweiz, eine Einführung für Versicherte und Stiftungsräte. Zürich 1984.

R. Rechsteiner, H.-U. Stauffer, Pensionskasse: Das Beste daraus machen, Vorschläge für ein versichertenfreundliches Reglement. Zürich 1985.

SPS/SGB, Gleiche Rechte – auch im Alter. Bern o. Jrg.

R. Schiavi, Die 2. Säule, Wegleitung zum BVG. GTCP Schriftenreihe Nr. 11, o.Jrg.

BVG-Kommission der SPS, Vorschläge für eine bessere 2. Säule. Bern 1987.

SABZ und SAH, Armut in der Schweiz, Tagungsbericht. 1988.

J. Steiger, Zweite Säule: Sozialwerk oder Geschäft. Limmat-Verlag 1977.